

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Fraktionslos

Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Landvolkverein

beratendes Mitglied Christian Andreae

Entschuldigt

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Von der Verwaltung

Andre Lachmund Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
Niksa Marusic Referatsleitung Umwelt, Hafen, Feuerwehr (2)
Stefan Pallaske Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)

Protokollführer

Jan-Marco Schott Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 05.02.2020 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune **45/2020**
- 4.2 Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes **44/2020**
- 4.3 Ergänzungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung über die Teilnahme der Kommunen am Digitalfunk BOS in Niedersachsen **51/2020**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung der Ergebnisse der kommunalen Arbeitsgruppen zum UNESCO-Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer
- 5.2 Kastanienallee Kurpark
- 5.3 Sachstand Satzung Plastikverbot
- 5.4 Bericht zu den Forderungen der „Fridays for Future“ Bewegung
- 6 Öffentliche Anhörung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 05.02.2020 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.02.2020 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune **45/2020**

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an **Herrn Lachmund**. Dieser stellte die Beschlussvorlage vor (siehe Anlage) und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Schulte regte an, die Beschlussvorlage in „Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt [...]“ zu ändern. Dieser Vorschlag erhielt Zustimmung.

Herr Marušić führte aus, dass durch die Zertifizierung von externer Seite Verbesserungsmöglichkeiten in den Prozessen aufgezeigt werden könnten. Erfahrungen aus vergangenen Managementprozessen, wie z.B. dem „EEA“, hätten dies bereits bestätigt. Beim Radverkehr sei man auf einem guten Weg, der Mitteleinsatz habe sich deutlich erhöht. Mit Projekten, wie dem Ausbau des Bundeswehrradwegenetzes, werde zusätzlich der Radverkehr in der Stadt Wilhelmshaven gefördert. Außerdem werde in Zusammenarbeit mit der Universität Dresden wissenschaftlich ermittelt, wie hoch das Radverkehrsaufkommen in der Stadt Wilhelmshaven sei. Er bat um Zustimmung zu dieser Vorlage, da sich die Stadt Wilhelmshaven mit dieser Zertifizierung von anderen Kommunen abheben würde.

Herr M. Harms fragte, wie hoch die voraussichtlichen Kosten für diese Zertifizierung denn ausfallen würden. Weiterhin habe ihn die Frage erreicht, ob das Brommygrün nicht besser in das Radwegenetz einbezogen werden könne. Im Moment sei der Weg durch selbiges schlecht ausgebaut und zudem zugewachsen.

Frau Stomberg fragte, ob Möglichkeiten bestünden, Fahrradstraßen, wie die Schellingstraße oder die Tom-Brok-Straße vor der Oberschule Mitte, die überwiegend von PKWs genutzt würden, besser kenntlich zu machen. Außerdem führte sie aus, dass die roten Fahrradwege, welche auf Straßen aufgemalt seien und dann abrupt endeten, für Senioren und unsichere Fahrradfahrer sehr gefährlich seien und fragte welche Verbesserungsmaßnahmen dort eventuell ergriffen werden könnten.

Herr Lachmund antwortete, dass diese Zertifizierung nichts koste. Das Brommygrün sei 2009 im Radverkehrskonzept ausgeklammert worden, da die Schulstraße als Alternative fahrradfreundlicher gestaltet wurde. Den Bewuchs werde man sich aber selbstverständlich nochmal ansehen. Es seien jetzt Elternhaltestationen vor der Oberschule Mitte eingerichtet worden, welche die Situation verbessert hätten. Die Situation der Fahrradstraßen stünde aber weiterhin unter Beobachtung. Die roten Markierungen dienten dazu, den Verkehr sicherer über die Straße zu leiten. Wenn nach einem Kreuzungsbereich dann diese Markierungen fehlten sei dies dem fehlenden Platz für diese „extra Spur“ geschuldet.

Frau Heide stellte noch einmal heraus, wie wichtig die Erhöhung des Ansatzes für die Radwegesanierung gewesen sei und bat darum bei den nächsten Haushaltssitzungen den Ansatz noch weiter zu erhöhen. Für sie stelle im Brommygrün nicht der Bewuchs, sondern die Beleuchtung das größere Problem dar.

Herr Andreae fragte, an welcher Stelle die Querung der Maade im Bundeswehrradwegenetz vorgesehen sei.

Laut **Herrn Lachmund** werde zurzeit an der Ausschreibung gearbeitet, der genaue Ort sei noch nicht festgelegt.

Herr Dr. Schulte führte aus, dass es keinen Sinn ergebe, jetzt über einzelne Radwege zu diskutieren, sondern zuerst das neue Konzept aufgestellt werden sollte. Erst dann sei eine Priorisierung der dort beschriebenen Maßnahmen vorzunehmen.

Im Anschluss daran ließ **Frau Kloster** über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Zertifizierung als „fahrradfreundliche Kommune“ durch die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V.“ anzustreben und die dafür notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Aktualisierung des kommunalen Radverkehrskonzeptes, in die Wege zu leiten.

4.2 Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes

44/2020

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an **Herrn Lachmund**. Dieser stellte die Beschlussvorlage vor (siehe Anlage) und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Schulte führte aus, dass die beste Möglichkeit zum Laden für Hausbesitzer natürlich das eigene Haus oder die eigene Garage sei. Er sehe im Moment keine Möglichkeit eine hundertprozentige Versorgung der Bevölkerung mit batteriegetriebenen Pkw herzustellen. Daher sollten auch andere Antriebe wie Wasserstoff und dergleichen mit in die Überlegungen einbezogen werden. Für ihn sei in dem Konzept vor allem der Punkt der Ladeinfrastruktur für externe Fahrer, welche nicht zu Hause laden könnten, wichtig. Er fragte Herrn Marušić, warum nicht zum Beispiel Supermarktbetreiber in der Baugenehmigung verpflichtet würden, Parkplätze mit Ladesäulen zu schaffen. Die Erstellung eines Konzeptes sei für ihn aber in jedem Fall sinnvoll.

Herr Marušić antwortete, dass der Gesetzgeber dafür noch keine gesetzliche Grundlage geschaffen habe. Es bestünde aber die Möglichkeit, dies in den Bebauungsplänen festzuhalten.

Herr Lachmund führte aus, dass Deutschland seine Ziele im Bereich der Elektromobilität noch nicht erreiche und somit in absehbarer Zeit keine hundertprozentige Versorgung gewährleistet werden könne. Weiterhin sei es auch Aufgabe des Konzeptes, die Frage zu klären, ob und inwieweit man im Bebauungsplan vorschreiben könne, Parkplätze mit Ladesäulen zu schaffen. Im Konzept gehe es jetzt zunächst darum, Wilhelmshavenern, die nicht die Möglichkeit des Ladens zu Hause besitzen, eine Chance zum Laden in mittelbarer Umgebung zu ermöglichen.

Herr M. Harms sagte, für ihn sei es nicht vorstellbar, dass in den nächsten Jahren der Großteil der Deutschen mit Elektroautos fahre. Es sollten von vornherein auch Alternativen wie Wasserstoff mit in das Konzept einbezogen werden.

Herr Lachmund antwortete, dass im Konzept nicht nur Batterieantriebe forciert würden, sondern auch andere Alternativen, wie zum Beispiel Wasserstoffantriebe beim ÖPNV. Es sei aber auch weiterhin zu beachten, dass eine Ladesäule im Vergleich zu einer Wasserstofftankstelle hundertfach kostengünstiger sei. Es müssten die einzelnen Alternativen abgewogen werden, wobei sich im PKW-Bereich der Batterieantrieb wahrscheinlich durchsetzen werde.

Herr Stoermer fragt, ob die Stadt Wilhelmshaven zurzeit in Verbindung mit Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften bezüglich des Themas Ladesäulen stehe.

Herr Lachmund erklärte, dass die Gesellschaften sehr aktiv in diesem Bereich seien und auch mit anderen Partnern versuchen würden, geeignete Stellen zum Aufstellen von Ladesäulen zu finden. Allerdings sei bisher noch nicht sehr viel umgesetzt worden und ein Konzept zur Koordinierung der Bemühungen würde dabei sicher helfen.

Herr Lachmund antworte, dass er darauf keine pauschale Antwort geben könne, da dies von der Art der Ladesäule abhängen würde. Bei bestimmten Ladesäulen könnte die Verlegung von zusätzlichen Leitungen notwendig sein.

An der nachfolgenden Diskussion über das Elektromobilitätskonzept beteiligten sich **Herr Stoermer, Herr Lachmund, Frau Stomberg, Herr Marušić und Herr Heinemann**.

Im Anschluss daran, ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Verwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für ein kommunales Elektromobilitätskonzept mit einem Schwerpunkt „Ladeinfrastruktur“ zu stellen und ein solches in Auftrag zu geben.

4.3 Ergänzungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung über die 51/2020 Teilnahme der Kommunen am Digitalfunk BOS in Niedersachsen

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an **Herrn Marušić**.

Dieser erläuterte kurz die Beschlussvorlage und bat um Zustimmung. In der anschließenden Abstimmung stimmte der Ausschuss der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die
Ergänzungsvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung über die
Teilnahme der Kommunen am Digitalfunk BOS in Niedersachsen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der Ergebnisse der kommunalen Arbeitsgruppen zum
UNESCO-Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer

Frau Kloster erteilte **Herrn Marušić** das Wort. Dieser berichtete daraufhin von der Veranstaltung im Pumpwerk und erläuterte das weitere Vorgehen bis zur Antragstellung bei der UNESCO. Weiterhin fragte er, ob Interesse an einer erneuten Vorstellung des Einführungsvortrags zu diesem Thema bestehe. Dies war überwiegend nicht der Fall.

Herr Seidel bat darum, den Vortrag an das Protokoll anzuhängen.

Herr M. Harms erklärte, dass die Ausweisung als Biosphärenreservatsgemeinde in der Fraktion der CDU diskutiert wurde und man nicht einverstanden sei, dies aber noch zu passender Zeit kundtun werde.

Herr Marušić fragte, ob er mit dem Prozess nicht einverstanden sei.

Herr M. Harms bejahte dies und sagte man müsse über den ganzen Prozess noch einmal grundlegend diskutieren.

Herr Marušić erklärte hierzu, dass die grundlegende Diskussion mit verschiedenen Interessengruppen erst noch anstehe.

Herr Dr. Schulte äußerte, ihm sei noch nicht klar gewesen, dass es eine grundsätzliche Diskussion gebe. Die bisher vorgebrachten Punkte seien Bedenken gegen ein Regelungswerk, welches im Moment noch nicht existiere. Er fordere, dass die Bedenkenträger substantiierte Argumente vorbrächten, weshalb sie gegen das Biosphärenreservat seien. Die bisher vorgebrachten Gegenargumente seien für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Marušić erklärte, dass es nach der ersten Konzeptionierungsphase darum gehen würde, nun ein Papier zu erstellen, auf dessen Grundlage weitgehender und konkreter diskutiert werden könne. Er gebe sich nicht der Illusion hin alle zu überzeugen, allerdings würden die Argumente so aufgeführt und bewertet werden, dass sich später im Rat jeder dazu eine fundierte Meinung bilden könne. Es würden mit allen Beteiligten und Interessensgruppen noch Gespräche stattfinden, in denen natürlich noch Überzeugungsarbeit geleistet werden solle.

Herr Andreae entgegnete Herrn Dr. Schulte, dass die Wirtschaft und die Landwirte bei der Veranstaltung im Pumpwerk bereits sehr deutlich ausgeführt hätten weshalb sie gegen ein Biosphärenreservat seien. Er bot aber an, bei einem gemeinsamen Termin noch einmal detailliert die eigenen Argumente gegenüber den verschiedenen Parteien zu erläutern.

Herr Marušić bot an, die vorher angeregte Diskussion gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, Landwirten, Naturschutzverbänden den Mitgliedern des Umweltausschusses und Vertreter*innen der Verwaltung in einem gesonderten Termin weiter zu führen.

Herr Harms schlug vor, zu dieser Diskussionsrunde auch die Fraktionen mit einzuladen.

Herr Dr. Schulte begrüßte die Idee von Herrn Marušić und regte an, diese auch umzusetzen. Für ihn sei es ausreichend, die Verbände zum Umweltausschuss einzuladen, da ansonsten eine zu große Runde entstehe

5.2 Kastanienallee Kurpark

Herr Pallaske trug einen Bericht zu diesem Thema vor (siehe Anlage).

Daraufhin führte **Frau Heide** aus, dass der Kurpark einen Spagat zwischen Naturschutz auf der einen und Denkmalschutz auf der anderen Seite darstelle. Sie begrüße es, wenn dieses Thema nicht nur bei den Technischen Betrieben Wilhelmshaven, sondern auch im Umwelt- und Kulturausschuss behandelt werde. Sie regte an, in einer zukünftigen Ausschusssitzung über Entwicklungsprojekte, wie den Kurpark zu diskutieren. Die Allee sei unter kulturellen Gesichtspunkten sehr wichtig für Wilhelmshaven und daher sei es auch geboten, das benötigte Geld bereitzustellen.

Dazu erläuterte **Herr Pallaske**, dass für den Kurpark ein Parkpflegewerk initiiert werden solle. Es gebe bereits ein Entwicklungskonzept, welches lediglich in einigen Punkten anpassungsbedürftig sei. Viele der aufkommenden Fragen würden im Parkpflegewerk diskutiert werden über welches er dann auch gerne zu gegebener Zeit referieren würde.

Herr Dr. Schulte fragte, welche Einsparungsmöglichkeiten bestünden, sollte man sich für Bäume mit einem kleineren Umfang entscheiden.

Herr Pallaske antwortete, dass die Bäume einen größeren Umfang aufweisen, damit ein eingewachsener Zustand erreicht werden könne. Zudem seien entsprechende Bäume kleineren Umfanges circa 3 bis 4 Jahre jünger und dementsprechend deutlich kleiner. Aufgrund des Altersunterschieds seien die älteren Bäume aber natürlich teurer.

5.3 Sachstand Satzung Plastikverbot

Herr Marušić erläuterte, dass die Umsetzung angestrebt wurde, allerdings zurzeit

für diese zusätzliche Aufgabe keine Kapazitäten aufgrund von Personalmangel frei seien. Die Umsetzung werde voraussichtlich erst, wie in der EU-Richtlinie 2019/904 vorgeschrieben 2021 zu verwirklichen sein.

Frau Stomberg kündigte an, dass wenn aufgrund von Personalmangel ein Ratsbeschluss nicht umsetzbar sei, sie dieses in jedem Fall mit dem OB besprechen wolle. **Herr Marušić** begrüßte dies.

5.4 Bericht zu den Forderungen der „Fridays for Future“ Bewegung

Herr Lachmund trug den Bericht zu diesem Thema vor (siehe Anlage).

Frau Heide fragte daraufhin, wie weit der Lärmaktionsplan Bismarckstraße fortgeschritten sei, über welchen bereits vor einem Jahr im ULB berichtet wurde.

Herr Marušić sagte, dass er zu dieser Frage gerne bei der nächsten Ausschusssitzung Auskunft geben werde.

6 Öffentliche Anhörung

Herr Schilling sagte, dass wenn zum Biosphärenreservat noch Gesprächsbedarf vorhanden sei, die Wirtschaft für Gespräche bereitstehe. Er merkte weiterhin an, dass „liquefied natural gas“ (LNG) einfach nur normales Erdgas sei welches runtergekühlt werde und sich dadurch verflüssige. Die Energiewende erfordere sehr viel Energie, welche noch nicht allein aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden könne. Deshalb sei gerade für diese Übergangszeit Gas ein Energieträger, der unbedingt benötigt werde.

Herr Marušić sagte dazu, dass man sich bei der Stadt Wilhelmshaven einig sei, der beste Standort für ein LNG-Terminal in Deutschland zu sein. Das Genehmigungsverfahren liege aber nicht bei der Stadt Wilhelmshaven. Solche Industrieansiedelungen würden von der Stadt Wilhelmshaven aber grundsätzlich begrüßt und gefördert.

Herr Schilling gab noch zu bedenken, dass LNG-Terminals später auch für den Wasserstoffimport umrüstbar seien und somit auch nach der beschriebenen Übergangsphase noch nutzbar wären.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:58 Uhr

